



BILD TA-ARCHIV

Die Paintballer sollen in Wila am Sonntag nicht in Stellung gehen können, dies hat die örtliche Baukommission entschieden.

Paintballer wollen auf jeden Fall kommen

Die Paintball-Anlage in Wila darf gebaut werden. Allerdings untersagt die Baukommission den Betrieb am Sonntag. Die Initianten wollen trotzdem aufs Wiesental-Areal.

Von **Andreas Frei**

Wila. – Letzte Woche war bei den Gegnern einer Paintball-Anlage in Wila noch von einem «grossen Erfolg» die Rede, der errungen worden sei – obwohl die Baukommission Mitte Woche das Gesuch für den Bau bewilligt hatte (siehe TA vom letzten Freitag). Grund für die Freude der Gegner war die Auflage, dass nur an Wochentagen sowie am Samstag gespielt werden darf. An Sonntagen soll der Paintball-Spielbetrieb hingegen ruhen, so will es die Behörde.

Auf der Seite der Gegner hatte man da-

nach gehofft, dass die Initianten der Paintball-Anlage, die Firma Paintballarena aus Kriens, auf den Bau verzichten. Diese Hoffnung machte gestern Marco Marti von Paintballarena zunichte: «Dass am Sonntag nicht gespielt werden darf, ist zwar lästig, aber nicht matchentscheidend.» Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass der Sonntag umsatzmässig ein interessanter Tag wäre. «Aber noch besser läuft am Samstag, und dann dürfen wir unsere Anlage ja betreiben. Für uns ist es darum klar, dass wir auf jeden Fall nach Wila kommen werden.» Allerdings, so Marti, habe man doch noch Hoffnung, sich das Sonntagsgeschäft nicht entgehen lassen zu müssen. «Wir werden darum gegen den Beschluss der Baukommission rekurrieren», ist er überzeugt. Die damit wahrscheinlich verbundene Verzögerung sei nicht relevant. Die einstigen Terminvorstellungen seien ohnehin bereits überschritten, somit komme es auf eine weitere Verzögerung nicht mehr an. «Ausserdem glauben wir, dass sich die Verzö-

gerung lohnen könnte, wenn wir schlussendlich den Spielbetrieb auch am Sonntag anbieten können.»

Gegner weiterhin zuversichtlich

Noch kein Entscheid über einen Rekurs haben die Gegner der Paintball-Anlage gefällt, sagt Marcel Johler. Er hat zusammen mit weiteren Gegnern eine Petition gegen die Anlage lanciert, die innert kurzer Zeit von 390 Personen unterschrieben worden war. «Bei uns ist noch nichts entschieden, die Anwälte klären noch ab. Es ist aber so, dass einige einen Rekurs schon heute befürworten», erklärt Johler. Er lässt durchblicken, dass es die Gegner nach wie vor gerne sehen würden, wenn die Initianten der Paintball-Anlage von sich aus zum Schluss käme, dass sich die Sache nicht lohnt. «Wenn man die ganzen Auflagen im Entscheid der Baukommission ansieht, bin ich nicht überzeugt, dass Herr Marti weiss, worauf er sich einlässt. Wenn das mein Projekt wäre, würde ich

nun die Finger davon lassen.» Für den Wunsch, die Anlage auch am Sonntag betreiben zu können, hat Johler nur ein mitleidiges Lächeln übrig: «Das geht gar nicht, denn dazu müsste meines Wissens die Polizeiverordnung geändert werden. Das schaffen die Paintballer wohl nicht.»

In der Zwischenzeit gebe es vermehrt Hinweise darauf, dass beim Gemeinderat ein Umdenken stattfindet. Die Behörde hatte sich anfänglich eher positiv zum Paintball-Projekt geäussert und war deshalb von den Gegnern kritisiert worden.

Wilas Gemeindegemeinderat, Balz Zinniker, bestätigt: «Unsere Polizeiverordnung verbietet es den Gewerbetreibenden, am Sonntag zu arbeiten.» Weil der Gemeinderat davon ausgeht, dass es sich bei der Anlage um einen Gewerbebetrieb handle, habe er die sonntäglichen Aktivitäten untersagt. Der Wilemer Gemeindegemeinderat fügt indessen hinzu: «Anders würde die Situation aussehen, wenn die Anlage als Sportveranstaltung eingestuft worden wäre.»

Die Illnauer sollen eine Kindertagesstätte erhalten

Im Juli soll das Parlament von Illnau-Effretikon über einen Kredit für eine Kindertagesstätte abstimmen. Bereits jetzt sind dafür 2 Millionen Franken im Budget enthalten.

Illnau-Effretikon. – Als der Grosse Gemeinderat von Illnau-Effretikon das Budget 2009 genehmigte, sagte er auch Ja zu einem Betrag von 2 Mio. Franken für die Kindertagesstätte in Illnau. Die Gemeinderätinnen Ursi Blatter (FDP) und Salome Wyss (SP) wünschten vom Stadtrat Ende November letzten Jahres konkretere Angaben zum Vorhaben. Die entsprechende Interpellation wird an der Parlamentsitzung vom kommenden Donnerstag offiziell beantwortet.

Nach Angaben des Stadtrates sollen in der Tagesstätte – als Standort ist die alte Sennerei in Illnau vorgesehen – 22 Plätze angeboten werden. Der jährliche Betriebsaufwand soll sich ohne Gebäudekosten auf rund 420'000 Franken belaufen, die Hälfte davon soll durch Elternbeiträge gedeckt werden.

Parlament entscheidet über Polizei

Am gleichen Abend entscheidet das Parlament über die mögliche Vergrößerung der Stadtpolizei. Gemäss Antrag des Stadtrates soll das Korps von fünf auf acht Mitglieder aufgestockt werden. Die

jährlich wiederkehrenden Kosten dafür würden sich auf 190'000 Franken belaufen. Der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist das zu viel. Die Kommissionsmehrheit spricht sich dafür aus, den Korpsbestand auf dem heutigen Niveau zu belassen. Mit einer Aufstockung laufe man nur Gefahr, weitere Begehrlichkeiten zu wecken. Eine RPK-Minderheit unterstützt die Aufstockung, allerdings nur um zwei zusätzliche Polizisten. Statt 190'000 würde diese Lösung jährlich nur 126'000 Franken kosten.

Neuer Ratsweibel

Ein weiteres Geschäft der Parlamentsitzung vom Donnerstag ist nach dem Rücktritt von Martin Bischof die Wahl von André Amrein zum neuen Ratsweibel. Gemeinderat Erich Vöggtlin (Grüne) begründet zudem seine Interpellation zur Qualität der Lokalzeitung «regio.ch», die den «Kiebitz» ersetzt. Ferner soll das Postulat von Livio Piatti (JLIE) betreffend Gesundheits- und Bewegungsförderung von Kindern in Illnau-Effretikon überwiesen und die Abrechnung über die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Hagen genehmigt werden. Der bewilligte Kredit wurde um knapp 530'000 Franken überschritten, die RPK beantragt trotzdem Zustimmung. (anf)

Öffentliche Sitzung des Grossen Gemeinderats findet statt im Stadthausaal Effretikon am kommenden Donnerstag, 19. März, 19.15 Uhr.

Turbenthaler und Wilemer in einem Klassenzimmer

In Wila und Turbenthal sinken die Schülerzahlen. Das führt in den Aussenwachten Talgarten und Schmidrüti zu Problemen. Mit einer Zusammenlegung sollen diese gelöst werden.

Wila/Turbenthal. – Die Primarschulpflegen von Wila und Turbenthal wollen die Schulen der Aussenwachten Talgarten (Wila) und Schmidrüti (Turbenthal) zusammenlegen. Grund dafür sind sinkende Schülerzahlen.

Wie die Schulbehörden der beiden Nachbarorte gestern mitteilten, seien sinkende Schülerzahlen zwar im ganzen Kanton immer wieder ein Problem. Ländliche Gebiete seien aber in organisatorischer und personeller Hinsicht in einer besonders schwierigen Situation. «Es stellt sich die Frage, ob und auf welche Weise die Schulen im Talgarten sowie in Schmidrüti angesichts der sinkenden Schülerzahlen in den kommenden Jahren weitergeführt werden können», heisst es in einer Mitteilung.

Standort noch nicht festgelegt

«Heute besuchen im Talgarten 36 Schüler den Unterricht, in Schmidrüti sind es 20. In zwei Jahren werden es noch 25 beziehungsweise 13 sein», sagt der Wilemer Primarschulpräsident, Thomas Müller. Die Primarschulpflegen von Turbenthal und

Wila hätten darum beschlossen, das Problem gemeinsam anzugehen. Es sei vorgesehen, alle Schüler der beiden Aussenwachten in einem Schulhaus gemeinsam zu unterrichten. «Wo das sein wird, wissen wir noch nicht. Im Talgarten sind zwar mehr Schüler, dafür ist das Schulhaus sanierungsbedürftig. In Schmidrüti steht hingegen eine ausgezeichnete Infrastruktur zur Verfügung», erklärt Müller. Zu welcher Lösung am Ende gegriffen werde, entscheide man erst später. Vorerst sei eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die Vorschläge erarbeite. Ausserdem könnten die betroffenen Eltern mitreden. Im Juni soll genauer informiert werden. Das letzte Wort werden die Stimmberechtigten an ihren Schulgemeindeversammlungen haben. Bereits jetzt ist aber klar, dass die Primarschule Wila für den Betrieb des gemeinsamen Schulhauses verantwortlich sein wird – wo auch immer es steht.

Für die Schulkinder soll sich nach dem Willen der beteiligten Behörden möglichst wenig ändern. Den Transport werde weiterhin ein Schulbus besorgen, damit habe man bereits heute Erfahrung. Auch das Modell mit der Gesamtschule, welche die erste bis sechste Primarklasse umfasst, werde unverändert beibehalten. «Lehrpersonen sollen wegen der Zusammenlegung keine entlassen werden – im Gegenteil, es wird weiterhin mindestens zwei brauchen», betonte Müller. Einerseits sei es so, dass eine der betreffenden Lehrpersonen ohnehin demnächst pensioniert werde. Andererseits brauche es in gewissen Fällen zusätzliche Fachlehrer. (anf)

LESERBRIEF

Welcher runde Tisch?

831 Unterschriften für Zeughaus, TA vom 14. März.

Usters Stadtpräsident Martin Bornhauser (SP) ist erstaunt darüber, dass jemand ein Referendum gegen einen Gemeinderatsbeschluss ergriffen hat. «Ich behaupte, dass viele Leute nicht wissen, was sie unterschrieben haben», wird er im TA zitiert. Ich bin überzeugt, dass sehr viele Leute sehr genau wussten, was sie unterschrieben haben, nämlich, dass sie eine Volksabstimmung über eine Vorlage wollen. Dass viele nicht wussten, was in diesem Geschäft effektiv verpackt ist, dafür habe ich Verständnis, weil nämlich auch ich meine liebe Mühe hatte, herauszufinden, was der Stadtrat wirklich will. Weshalb will er nur das halbe Zeughaus-Areal kaufen, wo er doch nicht einmal weiss, was er darauf veranstalten will? Der Stadtrat erhält nun die Gelegenheit, bei der Volksabstimmung seine Katzen aus dem Sack zu lassen. Je nachdem, wie diese aussehen, stimmen dann die Stimmbürger mit Ja oder Nein.

«Laut Bornhauser hätte die Diskussion am runden Tisch stattfinden können» (Zitat TA). An welchem runden Tisch? Will der Stadtrat überhaupt runde Tische? Es existiert ein Paradebeispiel, wie der Stadtrat alles daran setzte, einen solchen runden Tisch zu verhindern. Thema: Seeresaurant Niederuster. Im Februar 2008 liessen zehn Vereine dem Stadtrat Uster ein Schreiben zukommen, worin diese unter anderem einen runden Tisch vorschlugen (Rheinaubund, Gesellschaft für Natur- und Vogelschutz Uster (GNVU), Quartierverein Niederuster, Ruderclub Uster, Schweizerischer Windsurf-Ausbildungsverband, Segelclub vom Greifensee Uster, Sportfischerverein am Greifensee, Verband zum Schutze des Greifensees, Verein Pro Schifflande, Zürcher Vogelschutz, Regionalgruppe Greifensee). Um zu befürchtenden Animositäten zum Vorneherein aus dem Weg zu gehen, unterzeichnete bei der GNVU bewusst der Aktuar und nicht der Präsident (Paul Stopper).

Im 2008 antwortete der Stadtrat u. a. folgendes: «Im Sinne einer konstruktiven Lösung ist es sinnvoll, Paul Stopper nicht in die Verhandlungen miteinzubeziehen.» Unterzeichnet war die Antwort von Stadtpräsident Bornhauser und vom Stadtschreiber. Die 10 Vereine distanzieren sich gegenüber dem Stadtrat klar davon, einzelne Personen zum Vorneherein auszuschliessen. Seither hat der Stadtrat nichts mehr von sich hören lassen. Der angeregte runde Tisch fand bis heute nie statt. Das ist Ustermer Politik pur.

PAUL STOPPER, USTER

Erste Grüngutsammlung

Lindau. – In Grafstal, Lindau und Tagelwangen wurde am 14. März erstmals Grüngut eingesammelt. Dies soll von diesem Tag an alle zwei Wochen geschehen. Der Grüngut-Platz in der Hueb in Winterberg war indessen bereits am 11. März erstmals offen. Seine künftigen Öffnungszeiten sind jeweils mittwochs von 17.30 bis 18.30 Uhr und samstags von 13.30 bis 16.30 Uhr. Weitere Informationen zu den Sammelzeiten und den Standorten finden sich im «Lindauer» und im Entsorgungskalender. (pia)

Kein Vortritt mehr

Bisikon. – An der Kreuzung der Volketswiler- und Kindhauserstrasse haben die Autofahrer auf der Volketswilerstrasse keinen Vortritt mehr. Dies schreibt das Illnau-Effretiker Polizeiamt in einer Mitteilung. Gegen diese Verkehrsanordnung kann beim Regierungsrat rekurrert werden. (pia)

REKLAME KL957-T

Life Channel powered by ERF

s'Radio fürs Läbö

Satellit, Internet und im Kabel auf

91,0 MHz.

Radio Life Channel - www.lifechannel.ch